

Aufwärts

Bezugspreis:

Ercheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 60 Beteilgebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Für Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Bg. Postfachkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Bfennig. Mehrere Zeilen unter 25 Bfennig 10 Bfennig. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 5 Uhr. Postfachkonto Hannover 67377.

Nr. 19.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 23. Januar 1931.

13. Jahrgang.

Nicht wer viel hat, ist reich,
sondern wer wenig bedarf.

Göfner.

Verlorener Lebensinn.

Von August Springer.

Ueber die zerstörenden Wirkungen der Massenarbeitslosigkeit auf das persönliche Leben des Einzelnen, seine seelische Haltung, seine Selbstachtung und innere Sicherheit, schreibt ein Arbeiterführer, der in Kursen und Freizeiten mit Arbeitslosen reiche Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt hat, folgendes:

Gewiß, man war auch früher schon in den sogenannten schönen Friedenszeiten des öfteren der Arbeitslosigkeit begegnet, und sie hat immer etwas Erschreckendes, rätselhaft Unbegreifliches an sich gehabt. Aber so wild umfassend, die ganzen Seinsgrundlagen bedrohend wie heute, war sie doch noch niemals aufgetreten. Ihre Schäden werden für das volkswirtschaftliche und nationale Leben unübersehbar sein, man muß sich fürchten vor der endgültigen Bilanz.

Aber ungleich schlimmer noch als auf die Welt der greifbaren Werte wird ihre Wirkung auf die Flächen der seelischen und sittlichen Wirklichkeiten sein. Ueber der Arbeiter- und Angestelltenchaft bis tief in die Zirkel der akademisch Gebildeten liegt eine dumpfe und böse Angst. Auch Millionen derjenigen, die heute noch in der Arbeit stehen, kommen sich vor, wie längst zum Arbeitslosen schicksal Verurteilte, die bloß noch nicht wissen, wann ihre Stunde gekommen sein wird. Schöne und große Betriebe, technische Wundergebilde, die heute noch in blauer Bewegung wirken, sind unwirtlich vom ungeheuren Wirtschaftsunglück und spüren sich erschüttert und bedroht. Bei der Arbeitslosigkeit vergangener Zeiten durfte man fast immer von einer wohl peinlichen, aber flüchtigen Unterbrechung des normalen und gefunden Wirtschaftsbetriebes reden, heute jedoch ist sie zur finsternen Größe geworden, deren Herrschaft nicht abzusehen ist. So legt sich beengende Angst auf alle Volksgenossen, die nicht aus Gleichgültigkeit oder Feigheit die Augen vor den Tatsachen verschließen. Diese Angst kann so schwer lasten, daß jeglicher Wille, mit der Not zu ringen, gelähmt wird, daß der Blick sich verschleiert und darum Heilungsmöglichkeiten nicht mehr erkennt. Gegen diese Angst ist anzukämpfen mit einer Männlichkeit, die in Zeiten eines großen Unglücks besonders vorzudringen ist. Gewiß wird sie aber bald ermüden, wenn sie nicht von dem Absoluten gespeist wird, das über allem, auch über dem Arbeitslosenjammer steht.

Obgleich die Arbeitslosigkeit die Züge eines Massenschicksals trägt, äußert sie sich doch in jedem einzelnen Falle im Sinne ganz persönlicher Heimtückung. Da ist ein junges Ehepaar, das seine Wohnungseinrichtung auf Abzahlung gekauft hat und nun den eingegangenen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, und alle Möbelstücke kommen ihnen nun wie Fremdlinge vor, die Traulichkeit des Heimes ist verjagt. Oder da ist ein älterer Angestellter, der sich ein Häuslein gebaut hatte, das hätte Heimat sein sollen, und es nun unter so schweren Schattenschein nicht sein kann; er kann es, wenn er nicht rasch Arbeit findet, nicht mehr als sein Eigen halten. Dann begegnen wir einem frischen Burschen, der eben die Gesellenprüfung bestanden hat und nun als frischgebackener Geselle beweisen und bewahren möchte, was er in seinen vier Jahren gelernt hat; der nun nirgends Arbeit findet, vielleicht das Schicksal derer mittragen muß, die schon seit zwei oder drei Jahren ausgelehrt haben und immer noch nicht untergekommen sind. Es wäre entsetzlich, wenn es ihm auch erginge wie so manchen jungen Arbeitslosen, die nun garnicht mehr die Kraft und den Mut haben, eine angebotene Arbeit aufzunehmen. In manchen Fällen ist die alte Ordnung und Sitte geradezu auf den Kopf gestellt: die Frau ist vollbeschäftigt in der Fabrik, der Mann aber, der trotz seines Suchens nichts finden kann, versorgt das Hauswesen und betreut die Kinder. In manchen Gegenden Thüringens bestimmen derartige Zustände geradezu das soziale Gesamtbild. Was Friedrich Engels einst in seinem berühmten Buch über die Lage der arbeitenden Klassen in England geschildert hat, diese Verwerflichkeit der Stellung und Aufgaben innerhalb der Familie, das ist heute im Herzen Deutschlands neu zur Wirklichkeit geworden. Und wie oft kommt es vor, daß ein arbeitsloser Familienvater durch sein Schicksal einen derartigen Bruch seiner inneren Sicherheit erlebt hat, daß ihm jede Autorität fehlt, sich Frau und Kindern gegenüber noch durchzusetzen. Daß der erzieherische Einfluß eines ar-

beitslosen Vaters auf den noch in Arbeit stehenden Sohn, von dem er sich abhängig weiß, unter Umständen ein gar geringer ist, leuchtet ohne weiteres ein. Aber auch solche Fälle sind zu beobachten, wo Vater und Sohn zugleich erwerbslos sind, nun aber nicht etwa ihr Leid in solidarischer Gemeinschaft tragen, sondern scheu einander ausweichen und, jeder für sich, in die Wälder gehen.

Die Arbeitslosen sind der Gefahr der politischen Radikalisierung am stärksten ausgesetzt. Je stiller die Fabriken, desto lauter die Straße. Die radikalen Elemente stürzen sich auf die Erwerbslosen, als ob sie Feinde wären. Dieses Ausgeliefertwerden an die Kräfte der politischen Verneinung ist aus der Schicksalsnot heraus seelisch zu begreifen: Menschen, die so vor dem Nichts stehen, die an einer Wirtschaft und Gesellschaft, in der solches geschehen konnte, irre werden mußten, werden, wenn sie nicht schon ganz müde geworden sind, denen folgen, die das ganz Andere, die volle Lösung versprechen. Aber die von den Radikalen bestimmte Atmosphäre hat doch nicht die Kraft, aufzurichten und zu trösten, sondern sie lehrt das Fassen und das Verneinen, sie hinterläßt in den Herzen eine tiefe Verbitterung und gar leicht einen Neid auf die, die es noch besser haben, die noch in verkürzter oder ganzer Arbeit stehen, ganz besonders auf diejenigen, die in sicherer Stellung sind, aus der sie keine Kündigung schleudern kann.

Alle Volksgenossen müssen von diesem Arbeitslosen-Schicksal, diesem schweren nationalen Unglück, Kenntnis haben, sie müssen sich also zuerst ein Wissen aneignen von einer Erscheinung, der gegenüber sie ein lebendiges Gewissen brauchen. An die Stelle der Angst muß eine hilfsbereite Sorge treten. Was mit den Mitteln der Gesetzgebung und der kommunalen Fürsorge geschehen kann, soll nicht unterlassen werden, und es wäre wünschenswert, wenn sich hier das soziale Bürgergenossen noch ganz anders regte als bisher. Immer aber wird es Nöte geben, die von noch so hilfsbereiten Händen der öffentlichen Körperschaften nicht erreicht werden können. Hier hat der in Organisationen zusammengefaßte Liebeswille ein großes Aufgabengebiet. Aber vielleicht wird das Wesentlichste, ja, das für ein Menschenschicksal oft schiedstimmig entscheidende von Einzelnen getan werden müssen, die suchen und sorgen, die, ohne nach einem Parteibuch zu fragen, helfen und Treue halten.

Nationalsozialismus und Zeitwende.

In den letzten Monaten ist mancherlei über und wider den Nationalsozialismus im „Aufwärts“ geschrieben worden. Man spürt wohl, daß hinter dem schnellen Anwachsen der Bewegung etwas Besonderes steht. Bei dem Versuch einer Deutung und Sinngebung bleibt man im Neuen und an der Oberfläche haften, wenn man von den wirtschaftlichen, tagesspolitischen und finanziellen Dingen als den allein oder auch nur wesentlich maßgeblichen redet. Eine wie große Anzahl von nur Verärgerten nationalsozialistisch gewählt hat oder auch künftighin wählen wird aus dem Empfinden heraus, daß es „so nicht weitergehen kann“, ist für eine Beurteilung dessen, was eigentlich hinter dieser Bewegung steht, auf welcher geistigen, seelischen Haltung und Wandlung sie beruht, völlig unwesentlich, genauso wie irgendwelche Entgleisungen einzelner Menschen, die sich zu dieser Bewegung bekennen oder eine irgendwann einmal denkbare Abnahme der Wählerstimmen oder auch taktische Fehler der Gesamtbewegung.

Ist man eine ältere Darstellung von Feinden Luthers über die Reformation, so stellen diese sie im Wesentlichen als eine Angelegenheit von Phantasten, ungehorsamen Priestern, die das Zölibat nicht ertragen konnten, als Folge der gedrückten wirtschaftlichen Lage bei den Bauern und den kleinen Bürgern auf der einen, dem Verlangen nach dem reichen Gut der Kirche bei den Großen auf der anderen Seite dar. Luther wird oft als ehrgeiziger, sittenloser Rebelle gesehen, dem es nur um Macht und Einfluß ging. Ist man besonders wissenschaftlich und modern, dann gesteht man Luther die Ehrlichkeit der Ueberzeugung zu, betrachtet seinen Glaubenskampf aber als Folge einer krankhaften seelischen Veranlagung und der so viel berufenen Präkordialangst. Jeder Kenner der Reformationszeit weiß, daß manches an Gründen und Ursachen dieser Art, soweit es sich um die mehr äußeren Dinge handelt, bei der Einführung der Reformation mitgespielt hat. Ebenso klar ist aber auch für jeden Einsichtigen und Gutwilligen, daß eine solche Form der Betrachtung am Wesentlichen vorübergeht und in der Beurteilung äußerliche Begleiterscheinungen dort

sieht als wesentlich, wo letzte Gründe und Kräfte des menschlichen Seins maßgebend waren. Auf einsichtiger katholischer Seite betrachtet man es auch als einen der wenigen ganz großen Fehler in der Geschichte der so klugen römischen Diplomatie, daß diese damals in eben diesen Fehler bei der Beurteilung der Reformation verfiel. Ähnliche Parallelen ließen sich am Beispiel der Beurteilung des Bauernkrieges, der in seinen inneren Beweggründen durchaus keine wirtschaftliche Bewegung war, als die er gewöhnlich durch die marxistisch beeinflusste Geschichtsschreibung dargestellt wird, ziehen, ebenso aus der Geschichte des Aufstandes der Niederlande gegen Spanien oder der preussischen Erhebung gegen Napoleon. Man könnte dabei in jedem einzelnen Fall verblüffende Beispiele anführen. Beim Vergleich mit der Gegenwart denke man nur an die Wendungen vom „Hochopaths Hitler, von den nationalsozialistischen Utopisten und Schwärmern“. Die Ramhasen und Namenlosen, die nach 1806 Preußens Erneuerung und Erhebung betrieben, wurden genauso Narren und Idioten gescholten. Sie, nicht die Vorsichtigen, die über „Katastrophenpolitik“ jammerten, haben vor der Geschichte recht behalten, wenn seinerzeit ihre Feinde sie auch auf manchen Ueberschwang und Mißgriff mit Recht hinweisen konnten. So reizvoll und nützlich, auch wieder ansehbar, solche Analogieen für eine Betrachtung der Gegenwart sein mögen, viel wesentlicher und aufschlußreicher kann ein Versuch sein, diese Bewegung im Rahmen unserer deutschen und abendländischen geistigen Gesamtsituation zu sehen und den ihr zugehörigen Ort in diesem Bereich zu bestimmen, soweit dies überhaupt im Rahmen eines Zeitungsartikels möglich ist. In der Weise, wie dies Thomas Mann in seiner bekannten Rede tut, geht es allerdings nicht. Er setzt etwas als Geißt und von da aus eine Sphäre dessen, das nicht zum Geißt gehört, sondern ungeistig und damit abzulehnen ist. Die nationalsozialistische Bewegung fällt für ihn unter das Ungeistige und damit abzulehnende. Daß eine solche Form der Betrachtung möglich ist, zeigt ja gerade die äußerst kluge und geschickte Rede von Thomas Mann. Daß sie aber deswegen für andere Menschen verpöhlend oder auch nur einigermassen dem Wesentlichen gerecht wird, ist eine andere Frage, deren Entscheidung auf einer anderen Ebene als der des Intellektuellen oder Esprits fällig wird. Da Th. Mann dies Problem anscheinend nicht sieht, redet er trotz aller geistesgeschichtlichen Analyse in den Wind.

Daß auf allen Gebieten des Lebens die Fronten in Fluß, viel unerschütterlich erscheinende Türme ins Wanken geraten sind, das bedarf für den, der offenen Auges die geistige Entwicklung unseres Volkes verfolgt, keiner ernstlichen Erörterung mehr. Schwache Menschen mögen über dies Unsicherwerden von so viel Liebesgewordenem jammern, andere empfinden es als eine Gnade und ein besonderes Geschenk, daß es ihnen zufällt, eine solche Zeitwende zu erleben, die weit über das hinausgeht, was einem gewöhnlichen Wechsel der Generationen entspricht. Unser kulturelles Leben der Gegenwart ist zu einem ganz wesentlichen Teil geformt von der Gedankenwelt der Renaissance und der Aufklärung. Der Anteil spezifisch christlichen Kulturgutes ist sicherlich viel geringer als man gemeinhin anzunehmen geneigt ist. Der Generation unserer Väter waren die Inhalte des aufklärerischen Denkens gegebene, feststehende Größen, an deren Sicherheit kaum jemand zweifelte. Der jetzigen Generation, besonders der Jugend, als dem für Wandlungen der Gesamtsituation immer am empfänglichsten Teil des Volkes, soweit sie nach und der Forderung der Stunde aufgeschlossen sind, diese Inhalte in jeder Richtung fraglich geworden. Diesen Einbruch in die von der Aufklärung her bestimmte Gedankenwelt macht ein kurzer Hinweis auf die gegenwärtige Lage der evangelischen Theologie vielleicht am deutlichsten. Seit etwa zwei Jahrhunderten besteht in der evangelischen Theologie der mehr oder minder stark ausgeprägte Gegensatz zwischen sogenannter orthodoxer und liberaler Theologie, wobei die liberale, aufklärerische Theologie bei den Gebildeten immer das größere Ansehen und den stärkeren Einfluß besaß. Auch die sogenannte orthodoxe Theologie war weitgehend geprägt und bestimmt durch ihre Antithese in der liberalen Theologie. Beide bemühten sich, wenn auch mit ungleichem Erfolg, um die Anerkennung ihrer echten Wissenschaftlichkeit vor den Gebildeten. Das vergangene Jahrzehnt hat hier alles umgekehrt. Wer früher theologisch modern sein wollte, mußte unbedingt eine liberale Theologie vertreten. Die Worte „liberal“ und „modern“ konnten völlig gleichförmig gebraucht werden zur Bezeichnung der theologischen Zielsetzung eines Menschen. Heute ist es auf jeden Fall doch

so, daß ein liberaler Theologe auf jeden Fall nicht mehr „modern“ ist. Wer vielmehr „modern“ sein will, muß im Gegenteil die liberale Theologie aufs schärfste ablehnen. Es soll damit kein Urteil über Wert oder Unwert der einzelnen theologischen Richtungen abgegeben sein, sondern nur der Versuch gemacht werden, die Wandlungen der akademischen Theologie als eine der Erscheinungen unseres Geisteslebens in der Lage ihres Ortes zu bestimmen. Wie selbstverständlich war früher für den Gebildeten der Glaube an den Fortschritt, die Evolution aller Dinge zu immer höherer Vollendung! Seine Geltung beschränkt sich heute wohl nur noch auf marxistische und kleinbürgerliche Kreise, die die bekannten 30 Jahre hinter dem, was wirklich in der Welt des Geistes gilt, nachhinken. Osw. Spenglers Buch vom Untergang des Abendlandes war in der großen Bewegung gegen den Kulturoptimismus wohl am stärksten wirksam. Die durch daselbe wesentlich mitgeschaffene Unsicherheit ergreift jetzt auch zunehmend die sogenannte exakte Naturwissenschaft, die seinerzeit am meisten den Glauben an die Evolution gefördert und von ihm gelebt hatte. Solange man von dem ungebrochenen kindlichen Glauben des Positivismus leben konnte, daß der Weg dieser Fortschritt, wenn er nur genügend lange und eifrig genug mit immer besseren Methoden gegangen würde, am Ende die Erkenntnis aller Dinge bringen müsse, war alles gut. In dem Maße, in dem dieser Glaube schwindet, wächst die innere Unsicherheit. Diefelbe Entwicklung könnte man noch auf vielen anderen Gebieten aufzeigen. Es sei hier nur an die sogenannte neue Musikbewegung oder die Pädagogik E. Sprangers erinnert.

Daß in der nationalsozialistischen Bewegung diese auf allen anderen Lebensgebieten im vollen Gang befindliche — im Politischen schon längst notwendige — Entscheidung zur Abkehr von der Aufklärung, in radikaler Absehung und im entschlossenen Versuch zum Neuanfang gefallen ist, das treibt die wachen Menschen — besonders die aus der Jugend — in Scharen zu ihr. Der Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien liegt durchaus in derselben Linie. Sie haben ihre Wurzel einmal in rein Wirtschaftlichen, dann in einer gewissen weltanschaulichen Gesamthaltung, die vorwiegend liberalistisch ist. Wirtschaftlich sind die Grundlagen des Bürgertums in den Jahren seit dem Umsturz so sehr anders geworden, daß es heute nicht mehr möglich wäre, allein auf Grund des Besitzstandes von Wählern eine unter normalen parlamentarischen Verhältnissen zahlenmäßig auch nur einigermaßen ins Gewicht fallende „bürgerliche“ Fraktion in den Reichstag zu bringen. Die Professoren und Lehrer in der Paulskirche im Jahre 1848 glaubten an ihren Liberalismus. Darum wirkten ihre Reden echt. Bei den jetzigen Reden über Wesen und Aufgabe des Parlaments aber wird man den Eindruck nicht los, daß die Redner selber nicht mehr so recht an die verstaubten Gedanken von 1792 und 1848 glauben. Den gleichen Eindruck hat man von den Führern des Marxismus, diesem heute noch mächtigsten Kind des Liberalismus und der Aufklärung, wenn sie die Politik der SPD vertreten und mit Wendungen aus Marx verziehen. Der bürgerliche Konservatismus ist ein Kind des gleichen Geistes wie sein liberaler Gegner. Eine konservative und fortschrittliche Haltung auch im politischen Leben muß und wird es immer geben, sie sind so naturhaft wie die charakterologischen Verschiedenheiten der Menschen. Wenn Fortschrittlichkeit das Neue gegenüber dem Bisherigen und Konservatismus das Alte, Bestehende wollen heißt, dann sind die Demokraten und Marxisten die Konservativen und Reaktionäre der Reaktionäre, nicht die von ihnen als solche verschrieenen Nationalsozialisten. Vielleicht ist hier ein kurzer Hinweis auf das früher über die Lage in der Theologie Gesagte angebracht. Im Perso-

nellen dachte sich häufig Liberalismus in Theologie und Politik, ebenso Orthodoxie und Konservatismus. Jetzt teilen die beiden Geschwisterpaare im Ablauf der geistigen Entwicklung auf beiden Gebieten ihr Schicksal.

Das Wort vom dritten Reich wird viel verspottet und verlacht. Die einen nennen es Surrogat für das apokalyptische Bedürfnis der Massen, dem anderen erscheint es zu wenig klar und fahbar in dem, was es sein soll. Wer so urteilt, verkennt die ganze Bucht, die hinter diesem Begriff steht. In ihm ist der Wille und Glaube zu einem Neuen gesetzt, daß anders sein soll als die wilhelminische Zeit, und das anders sein soll als die Republik von Weimar, die beide wohl dem Vorzeichen als auch der Qualität nach verschieden, jedoch ihrer geistigen Grundlage nach gleich, nämlich liberalistisch und von händerlicher Gesinnung sind. Bei dem „Dritten Reich“ — nur einmal als bloßen Begriff gesetzt, handelt es sich um unendlich viel mehr. Der Gebildete, der allenthalben die Grundfesten wanken und einen Bau über den anderen stürzt sieht, muß ebenso aufhorchen, wie der schlichte Arbeiter, der sich sowohl im Kaiserreich wie in der Republik um sein Menschenrecht auf Achtung und Arbeit betrogen glaubt, oder der Bauer, der heute wie damals dumpf ahnend spürt, daß Deutschland von einem Geist regiert und bestimmt wird, der nicht weiß, nicht wissen kann und will, was Boden und Blut bedeutet. Vor ihnen allen steht einmal etwas, was Umkehr und Neuanfang heißt; denn auch die Nation lebt nicht von Brot allein. Ob der Nationalsozialismus wirklich die Neuformung der deutschen Nation bedeutet, dies zu glauben oder zu verneinen, ist nach der heutigen Lage der Dinge keine Entscheidung eines gedanklich-logisch ablaufenden Schlusses, so notwendig Ratio dabei ist, sie fällt auf einer anderen Ebene.

Daß das Wesen dieser Bewegung als einer Gefolgschaft nicht so sehr im Programm liegt, daß sie Abkehr vom Liberalismus und Hinwendung zu etwas Neuem, das erst werden muß, ist, macht den Anschluß an sie für viele so schwer. Tagespolitische, taktische Fragen des Agierens und der Werbung der Partei und die Stellung zu einzelnen Fragen müssen als das gewertet werden, was sie sind. Diejenigen aber, die sich der nationalsozialistischen Bewegung angeschlossen haben, glauben, daß sich das kommende Deutschland, sofern es überhaupt sein wird, nur in ihr formt. Der Einsatz ist hoch, entsprechend der Gefahr des Sturzes und der Größe des Gewinns. Er erfordert Substanz und Mut. Uebersehen wir nicht, daß bei dem Ernst der Lage jede Haltung zum Handeln wird, sei es nun, daß man die völlige politische Indifferenz oder höchste politische Aktivität für seine Person erklärt. Der Christ kann nur im Vertrauen auf die Gnade Gottes in Christus handeln, macht er nun christliche, nationalsozialistische oder eine sonstwie benannte Politik. Das Entscheidende im politischen Leben ist das Maß des Erfolges, gemessen an der Größe der erreichten Macht. Nicht der Stand unseres persönlichen Glaubenslebens oder unseres guten Willens. So hart dies klingen mag: Die Welt liegt im Argen, bis der Herr wiederkommt.

Heidelberg.

Dr. med. H. R. Kunstmann.

Gefesselte Justiz.

Es ist jedem mit aufrechtem Geist, ehrlicher Gesinnung und fauberen kämpfenden Deutschen schon ein Grauel, sich mit dem Gedanken beschäftigen zu müssen, daß die deutsche Rechtspflege, das deutsche Rechtsgut einer „geistigen Inflation“ unterworfen sein sollte.

Im Verlage von J. F. Lehmann, München, erschien das Buch: „Gefesselte Justiz“ von Gottfried Zarnow. Es wäre nur zu wünschen, wenn sein Erscheinen dazu diene, die verantwortlichen Amtsstellen, die in diesem Buche angegriffen werden, zu einem klaren und ungewundenen „Ja“ oder „Nein“ zu bringen. Was kleine und große Anfragen, „Offene Briefe“ und dergleichen letzte Mittel nicht vermochten, das könnte unter Umständen die Forderung der Öffentlichkeit erzwingen.

Man kann Verstöße gegen das Rechtsempfinden, seien es auch nur vermeintliche Verstöße, niemals zum Schweigen bringen. Denn das Rechtsbewußtsein ist nicht zu ertöten. Wo einmal die Justiz sich nicht mehr des vollen Vertrauens des Volkes erfreut, hört jede Bindung zwischen Staat und Volk auf und kein Gehörhüt, den ein System aufrichtet, noch der davor stehende Büttel, der Gruß und Achtung mit der Waffe in der Hand oder dem „humaneren“ Gesetzesparagrafen erzwingen soll, kann das tiefe Mißtrauen beseitigen noch die Luft schließen, oder aus einem Volke ein Staatsvolk schmieden, das sich mit diesem Staate in Not und Gefahr eins weiß.

Zarnow belegt seine Vorwürfe gegen die preußische Justiz mit Material, das man wohl als authentisch ansehen darf, denn es ist den Urteilsprüchen von Disziplinargerichtshöfen entnommen, aus Protokollen vor parlamentarischen Untersuchungsausschüssen usw., die sich leicht nachprüfen lassen dürften, wenn man Zweifel hegt. Es geht dem Verfasser nicht darum, alle Wunden aufzureißen. Ebensovienig will er aber um der Wahrheit und der Ehre willen ein Vertuschen. „Das Buch will festlegen, was dem deutschen Volke für Leid durch politisch beeinflusste Richtersprüche angetan worden ist. Das Buch ist gegen jene parlamentarische Kanaille geschrieben, die es versucht, die Rechtspflege in ihre Hand zu bekommen.“ Unterstellt man diesen Versuch — und wenn man das Material gelesen hat, weiß man um die größte Tragödie des deutschen Rechtswesens, weiß man um den Zerfall der öffentlichen Moral — dann ist es an der Zeit, alle Deutschen, die die Sauberkeit der inneren Haltung pflegen, zusammenzufassen im Kampf um ein unverfälschtes, ungebeugtes Recht. Um des inneren Zwanges willen müssen alle Rücksichten fallen. Man muß Garantien fordern, daß ein für allemal die Einflußnahme der Parteipolitik auf die Justiz aufhört, daß hohe und höchste Verbindungen und Freundschaften nichts am Rechtsstandpunkt ändern dürfen. Man muß sogar wieder gut machen, soweit das irgend möglich ist. Ich muß aber meiner Verwunderung Ausdruck geben, daß kein Richter unserer Weltanschauung auch nur ein einziges Mal in den letzten 10 Jahren im Aufwachen, wenn es not tat, in aller Öffentlichkeit auftrat und jene schweren Schäden aufzudecken magte, die Zarnow aufzeichnet.

Ein Recht, das der „Staatsraison“ zu unterwerfen ist (Seite 71 des erwähnten Buches), hat seinen Sinn verloren. Es legt die Entscheidung darüber, was Staatsraison ist, in die Hände von Machtelementen, die in ihrer Parteigenossenschaft einen ganz bestimmten Begriff von Staatsraison haben müssen auf Grund ihrer Gebundenheit an eine klassenkämpferische Weltanschauung, deren Ziel die Diktatur der Klasse ist. Ein Deutschland nationaler wird als Staatsraison stets etwas anderes ansehen als ein Sozialdemokrat.

Stellen wir zwei Welten gegenüber:

Friedrich der Große, Vertreter des Absolutismus: „Ich habe mich entschlossen, den Lauf der Gesetze niemals zu stören. In den Gerichtshöfen müssen die Gesetze sprechen. Der Souverän hat zu schweigen.“ So der stark bekämpfte Monarch. — Das preußische Justizministerium

Wie die beiden gefangenen Basler Missionare frei wurden.

Am 9. Januar traf in Basel der erste direkte Bericht der beiden befreiten Missionare Walter aus Schaffhausen und Fischle aus Hegensberg, ein. Er ist am Tag nach der Befreiung, den 12. Dezember, im Amtshaus in Jungschun geschrieben. Daraus erhalten wir folgendes Bild vom dem Hergang der Befreiung:

Seit Juli hatte sich die Lage der Gefangenen merklich verschlechtert. Die Verpflegung war völlig ungenügend. Zum Hunger gefesselte sich Krankheit. War ihnen bis Ende Oktober noch eine Grashütte als Aufenthaltsort angewiesen, so mußten die beiden sich seither täglich zur Flucht vor den heranrückenden Regierungstruppen bereitmachen, wurden bei Tag und bei Nacht weitergeführt und froren dabei empfindlich. Auch die Räuber wurden dieser Strapazen müde.

Am Abend des 7. Dezember fragten die drei den Gefangenen zugeteilten Wächter aus dem Räuberlager die Missionare, ob sie für ihr Leben garantierten, wenn sie sie der Regierung zuführten, was die beiden Gefangenen bejahten. Da jedoch einer der drei Wächter mit der Befreiung nicht einverstanden war und die bereits am folgenden Tag getrossenen Vorbereitungen zu stören suchte, mußte die Ausführung des Planes noch etwas hinausgeschoben werden.

Gegen Abend des 10. Dezember, als der mit der Befreiung nicht einverständige Räuber abwesend war, näherten sich drei Burschen vorsichtig dem Versteck der Gefangenen. Die beiden Wächter gingen ihnen entgegen, berieten sich mit ihnen und luden sie zum Essen ein. Auch die Gefangenen durften mithalten und wurden zum erstenmal nach langer Zeit aufgefordert, sich wirklich satt zu essen. Nach dem Essen rief einer der Neugekommenen die Gefangenen auf die Seife und erklärte: „Wir führen euch in die Freiheit nach Jungschun, und zwar folgele!“ Die beiden Wächter fügten hinzu, daß sie entschlossen seien, mitzufahren. Bei hereinbrechender Dunkelheit nahmen die Missionare ihr Bündel mit Kleidern

und Büchern auf, und fort ging es schnellen Schrittes, barfuß, bergauf, bergab, und dann bei Fackelschein durch dichtes Gebüsch hinauf zur Paghöhe, die zum Jungschuner Gebiet hinüberführt.

Unterwegs wurden die Fliehenden von einer Räuberwache angerufen. Hastig gaben die Begleiter Antwort, und weiter ging die Flucht. Es war zu befürchten, daß andere Gruppen der kommunistischen Räuber sich den Fliehenden in den Weg stellen und die Gefangenen sofort erschossen würden. Auf der Paghöhe verlor sich die Fackel im Wind. Fast wurde es unmöglich, den schlechten Bergpfad zu finden. Jetzt gingen auch die Wächter an, am Gelingen der Flucht zu verzweifeln. Auf felsigem Pfad ging es von der Paghöhe wieder steil bergab, vorbei an der Hütte, in der Missionar Walter Ende August schwer krank gelegen hatte, im Elfschritt vorbei an zerstörten Berghäusern dem Tale zu. Nur zu hell brannten die Bambushütten, die als Fackeln dienen sollten. Nach jeder Bogenkrümmung, die sie unbefähigt passierten, atmeten die Flüchtlinge wieder auf. Als die Wächter mit den Gefangenen von ihren Genossen in den Bergen keine unmittelbare Gefahr mehr zu befürchten hatten, wurde unter einem mächtigen Geisterbaum Rast gemacht. Während die Gefangenen sich etwas niederlegten, eilten zwei ihrer Begleiter voraus, um den in der Gegend streifenden Polizeitruppen die gelungene Flucht zu melden.

Gegen Morgen hörten die Gefangenen Stimmen. Viele Schritte nahen sich. Es waren die vorausgegangenen Befreier mit gegen 100 Mann heranrückender Polizeiwache. Unter den Soldaten, die mit Trompetensignalen und Gewehrhalben die glückliche Ankunft der Befreiten feierten, damit die kommunistischen Räuber in ihren Schlupfwinkeln genügend davon Kenntnis nehmen konnten, befand sich auch der höchste Regierungsbeamte der Gegend, der Kreismandarin von Jungschun, der bereits seit Witternacht unterwegs war, den Gefangenen entgegen. Er sprach sein Bedauern über die lange Gefangenschaft aus und entschuldigte sich, daß es der Regierung so lange nicht gelungen sei, die Missionare zu befreien. Der Kreismandarin Ho-nai-ghin hatte seit seinem

Amtsantritt im Juli des Jahres alles getan, um das Versteck der Gefangenen ausfindig zu machen. Dessen begleitete er persönlich die Polizeitruppen auf ihren Streifzügen in die Berge. Weil er jedoch wußte, daß die Wächter angewiesen waren, im Notfall die Gefangenen umzubringen und sie nur als Leichen in die Hände der Regierung fallen zu lassen, traf er noch andere Maßnahmen. Einem seiner Mittelsleute gelang es schließlich, die drei Burschen zu gewinnen, die den Aufenthaltsort der Gefangenen wußten und es wagten, mit den Wächtern in Beziehung zu treten.

Auf dem Weg zur Stadt Jungschun drängte sich die Bevölkerung, die beiden Befreiten zu grüßen. Man merkte ihr die große Freude wohl an, aber auch den Stolz auf ihren Mandarin. Im Amtshause wurden die Befreiten mit großem Feuerwerk empfangen und sogleich fotografiert. Der Kreisbeamte tat alles, um den beiden Missionaren die nötige Pflege angedeihen zu lassen. So ließ er sie von Kopf bis zu Fuß neu kleiden. „Wir beide sind körperlich recht schwach, erholen uns aber spürbar in dieser neuen wohlthuenden Umgebung. Der allmächtige Gott, der uns errettet hat aus einer wahrscheinlich lebenslanglich gedachten Gefangenschaft, begleite uns nun auch auf dem Wege an die Küste.“

Unter militärischer Bedeckung wurden die Befreiten am 14. Dezember vom Kreismandarin nach Swatow gebracht. Seither weilten sie im Erholungsheim der Basler Mission in Hongkong. Missionar Walter schiffte sich am 10. Januar für die Heimreise ein. Missionar Fischle folgt mit seiner Familie im Februar nach.

Politische Gedanken eines Deutschen.

Wie ein Programm wirkt dieser Aufsatz an der Spitze des neuen 7. Jahrganges der „Zeitwende“ (München, C. S. Beck). Kein berufsmäßiger Politiker, sondern ein Mediziner, Professor Dr. Wolff, S. Weil, ergreift hier zu den großen Fragen der deutschen Politik das Wort, weil er der Ueberzeugung ist, daß sich der deutsche Bür-

der freiheitlichen der richterlichen U Zwei Welten!

Wir können nicht streifen. Es enthält gödie, so viel politische zwischen offiziellen, parlamentarischen nur wundern konnten Parteien es zu berufen.

Jeder der in englischen Verbindungen Abgeordneten mit ist nicht das Wesen des. Sondern die Note annehmen stümmer Verfassung beeinflussten Staat Fälle, in denen 3 preußische Justizminister und parlamentarischen seine eigenen Staat dem Erfolge, daß neuen umgewandelt der heute herrschende davon kamen.

Da wird eine ten Bücherrevisoren vorgeworfen, er legt, da wird ein anwalt, der die b rium hat, Verzug sonst sehr empfind Braun, der sogen ten eintritt, wie ministerium den über tat, an den Ja, als die Born den, kommt kein

Die Haltung überhaupt nur u die im Hintergru ten ganz bestimm werden sollten.

Sind solche Ein werden, auch heu derde Frage. De hel gewisse Hinte Christus mit Wille fälle geben imme noch die Politik hen wolle, wie C Man sollte bei Schein vermeiden Meinung“ weiter einzuschüchtern d einflussung niem tan, dazu spricht ist es den Antip der Justiz begon menn sie von e sprechen und da Richter pflegen der Justiz diese jen versucht. T zungsprozess auf Damit sei die widersprochen

ger heute ohne L eine politische M die sogenannten haben: Vertreter Parteimeier“, d Eigenbrötelei u nachhaltigen Ve reffen gelangen sich mit allem Bürger durch d Wirtschaft aufz und besonnen z Parteigezänks gesprochen sein Trampler: Vo Neue Formen behandelt ein Minderheitenpro ler gehört. — D litik in ähnlicher Religion, Bildun ein Theologe, d matik des mode von der Krisi welche die Religi in Frage stellt, Glauben her tüt bendigen Gott n Feitichismus, fo „Geheimreligion des Menschen, d stenz bedrohen, und Gleichnis kann. — Das e die „Zeitwende“ vollem Einsatz i sem Geist der fällt, ist, daß all rakter haben, f haltung des, f sollte gelesen u

der freiheitlichen Republik Preußen aber sagt: „Ueber der richterlichen Unabhängigkeit steht die Staatsraison.“

Zwei Welten!

Wir können nur einiges aus dem Inhalt des Buches streifen. Es enthüllt sich da vor unseren Augen eine Tragödie, so viel politischer Ruhhandel, so viele Beziehungen zwischen offiziellen, offiziellen und nicht offiziellen Stellen, Parlamentariern und Parteien, daß man sich heute nur wundern kann, wenn Vertreter der daran beteiligten Parteien es überhaupt wagen, sich auf Demokratie zu berufen.

Jeder der in dem Buch behandelten Fälle zeigt die engen Verbindungen von sozialistischen oder Zentrums-Abgeordneten mit anrüchigen Pardenius auf. Das aber ist nicht das Wesentlichste. Und nicht der Zweck des Buches. Sondern die Aufzeichnung jener Fälle, in denen der Late annehmen muß, daß jene politischen Prominenten bestimmter Verfassungsparteien vor dem Zugriff eines unbefugten Staatsanwaltes gerettet wurden. Jener Fälle, in denen Zeugnis darüber abgelegt wird, daß das preussische Justizministerium den Forderungen von Parlamentariern und Parteipolitikern nachgab. In denen es seine eigenen Staatsanwälte unter Verfolgung setzte. Mit dem Erfolge, daß offenbare politische Prozesse zu kriminellen umgewandelt wurden und hochstehende Vertreter der heute herrschenden Richtung mit einem blauen Auge davon kamen.

Da wird einem Staatssekretär von einem beeidigten Bücherrevisor in einem hochpolitischen Prozeß vorgeworfen, er habe seinen Eid gröblichst verletzt, da wird einem ganz bekannten Berliner Rechtsanwalts, der die besten Beziehungen bis ins Justizministerium hat, Betrug, bezw. Beihilfe vorgeworfen. Und der sonst sehr empfindliche Ministerpräsident Dr. h. c. Otto Braun, der sogar besser für seine angegriffenen Beamten eintritt, wie es zu jener Zeit das preussische Justizministerium den angepöbelten Staatsanwälten gegenüber tat, an den jenes Schreiben gerichtet ist, — schweigt. Ja, als die Vorwürfe später öffentlich wiederholt werden, kommt keine Untersuchung zustande.

Die Haltung des preussischen Justizministeriums wird überhaupt nur verständlich, wenn man annimmt, daß die im Hintergrund stehenden politischen Persönlichkeiten ganz bestimmter Richtung um jeden Preis geschont werden sollten.

Sind solche Einflüsse, wie sie in jenem Buch geschildert werden, auch heute noch möglich? Das ist die entscheidende Frage. Der Verfasser hat eben erst in einem Artikel gewisse Hintergründe im Gotteslästererprozeß (Groß: Christus mit Militärstiefeln) aufgezeichnet. Andere Vorfälle geben immerhin den Anschein, als wenn auch heute noch die Politik die Justiz „zur Dirne mache“ oder machen wolle, wie Senatspräsident Baumbach es aussprach. Man sollte bei dem notorischen Mißtrauen auch den Schein vermeiden. Wenn aber die gemachte „öffentliche Meinung“ weiter wie bisher Richter und Staatsanwälte einzuschüchtern versucht (mit dem Hinweis, daß solche Beeinflussung niemals Erfolg haben könne, ist es nicht getan, dazu spricht das Buch von Jarnow zu deutlich), dann ist es den Antipoden der Linken, die die Beeinflussung der Justiz begonnen haben, durchaus nicht zu verdenken, wenn sie von einer Krise des deutschen Rechtswesens sprechen und das Mißtrauen gegen die Justiz und die Richter pflegen und ihrerseits durch Verächtlichmachung der Justiz diese zu beeinflussen und unter Druck zu setzen versucht. Dann hätten wir den schönsten Zerfallsprozeß auch auf diesem Gebiete.

Damit sei die Betrachtung eines sicherlich nicht unüberprüften bleibenden Buches abgeschlossen.

ger heute ohne Unterschied des Standes und Berufes vor eine politische Aufgabe gestellt sieht und daß uns gerade die sogenannten „Fachpolitiker“ ins Verderben geführt haben: Vertreter von Interessengruppen, „Bereins- und Parteimeier“, die in der dem Deutschen angeborenen Eigenbrötelei und Rechthaberei zu keiner wirklich nachhaltigen Vertretung der allgemeindeutschen Interessen gelangen konnten. Auf dieses allgemeindeutsche sich mit allem Nachdruck zu besinnen, ist der deutsche Bürger durch die heutige Katastrophe von Staat und Wirtschaft ausgerufen. Weils Appell hierzu — warm und besonnen zugleich, frei von der Gefälligkeit des Parteizwangs — wird vielen aus dem Herzen gesprochen sein. — Auch der Beitrag von Kurt Trampler: Volkstum, Nationalstand und Staat. Neue Formen für das Zusammenleben der Völker, behandelt ein politisches Problem, und zwar das Minderheitenproblem, zu dessen besten Kennern Trampler gehört. — Dann leuchten in dem Heft neben der Politik in ähnlicher programmatischer Weise die Gebiete der Religion, Bildung und Musik auf: Friedrich Gogarten, ein Theologe, der wie kaum ein anderer in die Problematik des modernen Denkens eingetreten ist, spricht hier von der Krisis der Religion. Er meint nicht die Krisis, welche die Religion von der Vernunft des Menschen aus in Frage stellt, sondern jene ganz andere, die das vom Glauben her tut, und konfrontiert den Glauben an den lebendigen Gott mit dem in jeder Religion — nicht nur im Fetischismus, sondern auch in der sublimsten, geistigsten „Geheimreligion der Gebildeten“ — wirksamen Verstand des Menschen, der transzendenten Mächte, die seine Existenz bedrohen, Herr zu werden, indem er sich ein Bild und Gleichnis von ihnen macht, mit dem er umgehen kann. — Das erste Heft des 7. Jahrgangs erweist, daß die „Zeitwende“ auch den neuen Jahrgang wieder unter vollem Einsatz ihrer Kräfte begonnen hat. Was aus diesem Heft der „Zeitwende“ dem Leser eindrucksvoll auffällt, ist, daß alle diese Aufsätze keinen akademischen Charakter haben, sondern voll Anregungskraft für die Gestaltung des zukünftigen sind. Eine solche Zeitschrift sollte gelesen und abonniert werden.

Wir wollen eine unantastbare Justiz, einen unantastbaren Richterstand. Das Gesetz darf nie und nimmer dem Nachhangeln von Parteien unterworfen werden, noch dem Gefälligkeits-handel persönlicher Beziehungen nach „oben“. Mit Ernst

Deutschland flagt an.

Der Kampf für die Minderheiten eröffnet. Zeitmotiv: Sühne für das Geschehene. — Garantien gegen die Wiederholung des Terrors.

— Genf, 22. Januar.

Der ersten Debatte über die Einberufung der Abrüstungskonferenz folgte nunmehr die Eröffnung der Ratkonferenzen über die deutschen Angelegenheiten gegen Polen, verbunden mit der Eingabe des Deutschen Volksbundes, die gleichfalls die Unterdrückung des deutschen Volkstums durch Polen betrifft. Die Glasveranda, in der der Völkerbundrat seine Sitzungen abzuhalten pflegt, war dichter denn je besetzt. Pünktlich waren sämtliche 14 Volksdelegierte mit einem großen Stab von Hilfsarbeitern und Dolmetschern zur Stelle, dazu hatten sich zahlreiche Schaulustige und Pressevertreter eingefunden.

Eröffnet wurde die Sitzung vom englischen Außenminister Henderson. Dann gab der Japaner Hiroshi eine kurze Rede, und im Anschluß daran stellte der deutsche Außenminister Dr. Curtius mit ersten Worten nochmals Polens Verantwortlichkeit für die Gewalttaten in Ostpreußen und Pommern fest. Die Ratmitglieder und die Vertreter der Presse, insbesondere Engländer, Amerikaner und Italiener, folgten der deutschen Anklage mit gespannter Aufmerksamkeit. Der Gegenspieler Deutschlands, der polnische Außenminister Jazicki, richtete während der Rede wiederholt Fragen an die ihm beigegebenen polnischen Beamten und an den Botschafter Gracinski, diesen Hauptstützen an den Gewalttaten im umkämpften Grenzland.

Im einzelnen legte Reichsminister Dr. Curtius zu Beginn seiner Ausführungen nochmals die Gründe dar, die Deutschland veranlaßt haben, den Völkerbund anzurufen, wobei er es nicht unterließ, auf das feste Band hinzuweisen, das uns mit den Deutschen verknüpft, die dank der Friedensverträge jenseits der Reichsgrenze unter fremder Staatshoheit leben müssen und das bewirkt, daß wir immer wieder an dem Geschick dieser Volksgenossen lebhaft Anteil nehmen. Nachdem er fort:

Es ist auch in der Vergangenheit die deutsche Minderheit durch Unterdrückung und Gewalttaten gelitten hat, alles wurde doch übertrifft durch das Maß der Leiden, das die deutsche Bevölkerung in Polen während der Wahlen über sich hat ergehen lassen müssen. Das Gesamtbild der Geschehnisse ließ deutlich erkennen, daß die Kräfte, die hinter dem Wahlterror standen, offenbar glaubten, jetzt eine entscheidende politische Schwächung des Deutschtums herbeiführen zu können. Es ist zu befürchten, daß, wenn es dem Völkerbundrat nicht gelingt, ähnlichen Vorkommnissen in der Zukunft vorzubeugen und für die Vergangenheit volle Sühne für das Geschehene zu schaffen, das Vertrauen der Minderheiten zum Völkerbund als dem Hort ihrer Rechte unwiederbringlich verloren gehen wird.

Der traurige Katalog der Gewalttaten

Der Minderheitenbeschwerde zeigt, daß von der Verleumdung über die Verleumdung bis zur Verleumdung von Eigentum und jeder Art von moralischem Zwang jedes Mittel angewandt worden ist, um die Deutschen ihrer politischen Rechte in Polen zu berauben. Die hauptsächlichsten Fälle dieser Gewalttaten sind durch die ganze Presse gegangen und von ausländischen Berichterstattern an Ort und Stelle bestätigt worden.

Ich erinnere an Hohenbierken, wo ein ganzes von Deutschen bewohntes Dorf dem Terror zum Opfer gefallen mußte. Ich erinnere an den Fall des 60-jährigen Landwirts Greizke, der mit einem Auto verschleppt, mit dem Tode bedroht und schließlich durch Schläge auf die nackten Fußsohlen mißhandelt worden ist, ein Gewaltakt, der inzwischen durch ein gerichtliches Verfahren in vollem Umfange bestätigt worden ist. Ich erinnere an den Fall des Redakteurs Günold-Sobraw, dessen ganze Existenz durch die schweren Verletzungen gefährdet erscheint. Ich erinnere schließlich an die Terrorisierung der deutschen Bevölkerung in Gollasowitz.

Daß allen diesen Fällen ist aber eines gemeinsam, das System, das darin liegt, und die Begünstigung dieses Systems durch die polnischen Behörden selbst. Fast in allen diesen Fällen hat die Polizei entweder die Ereignisse geschehen lassen oder sie hat sogar selbst gegen die Minderheit eingegriffen. Die Gewalttaten haben sich nicht nur gegen die Verwundeten des Deutschtums gerichtet, die verhaftet wurden, deren Wohnungen man plünderte, denen man die Wahlzettel und das Propagandamaterial für die Wahl weggenommen, die man zum Teil mit den Waffen in der Hand bedroht hat. Man hat selbst vor unbeteiligten Greisen und vor Frauen nicht Halt gemacht. Ein Bild in die Geschichte der Minderheit selbst zeigt, daß während und kurze Zeit vor den Wahlen in ganz Ostpreußen eine Welle des polnischen Terrors über die schutzlose deutsche Bevölkerung hinweggeschwollt ist.

Letzten Endes wird das auch von der polnischen Regierung selbst zugegeben, dadurch, daß sie

99 Straf- und 17 Disziplinarverfahren eingeleitet hat. Was aber die Vorfälle in Ostpreußen zu einer Einheit verbindet, was ihnen ein ganz besonderes Gepräge gibt, ist die Tatsache, daß sie von einem einheitlichen, geschlossenen Willen getragen waren, der sich gegen das Deutschtum als solches richtete.

Gravität ist die Tatsache, daß die Terroraktion sich wochenlang in aller Öffentlichkeit abspielte, ohne daß der oberste Beamte des Gebietes, der Wojwode, einschritt, obwohl er mehrfach, ebenso wie der Innenminister von der Minderheit zum Einschreiten gebeten wurde. Der gleiche Vorwurf mangelnder Gewährung des jeden Staats-

und Eifer an der Reinigung arbeiten, das ist die Aufgabe. Denn die Psychose jener Verquickung von Geschäft und Politik ist es, die heute noch nachwirkt im öffentlichen Leben. J. B. M.

Bürgers zuteilenden Schicksal trifft die anderen hohen und niedrigen Beamten, welche die ihnen zur Verfügung stehenden staatlichen Nachmittel zum Schutze der Minderheit gegen den Terror nicht einsetzen. Ein solches pflichtwidriges Unterlassen der Ausführung gesetzlicher Pflicht steht rechtlich positivem Tun gleich und ist Verwaltungswillkür. Dazu kommt, daß in vielen Vorfällen Beamte positiv beteiligt waren oder sie moralisch bedeten.

Die Schuld des Aufständischenverbandes.

Besonders charakteristisch für die Schwere der Sachlage ist die systematische Aktion des Aufständischenverbandes, der mit öffentlichen Mitteln unterstützt wird und der Nachfolger der Aufständischen-Organisation ist, die sich seinerzeit gebildet hatte, um die Entscheidung über das Schicksal Ostpreußens durch Schaffung vollendeter Tatsachen zu beeinflussen. Ehrenvollstehender ist der Wojwode von Schlesien, der sich immer wieder zu den Grundrissen des Verbandes bekennt hat, so daß nach außen hin der Eindruck entstand, daß die Autorität der Regierung hinter denjenigen Elementen steht, die den Kampf gegen das Deutschtum zu ihrer Parole machten!

Die Erinnerung an die Schreckenstage der Aufständischen ist heute noch in der ganzen deutschen Bevölkerung lebendig und macht die Angst der Minderheit vor den Drohungen der Aufständischen jedem Kenner der Verhältnisse begreiflich. Aufgereizt durch die Programme einer antideutschen Woge, haben die Aufständischen alles getan, um durch Einschüchterung, Verwundung und Mißhandlungen die Minderheiten bei der Wahl zu beeinflussen. Dabei verfolgten sie die Taktik des gegenseitigen Austausches in verschiedenen Ortschaften, um bei ihren Ausschreitungen nach Möglichkeit unentdeckt zu bleiben. Hiermit erklärt es sich auch, daß in zahllosen Fällen die Täter, die ortsfremd waren und die den Schandtag nach vollbrachter Tat wieder verließen, von den Betroffenen nicht festgehalten werden konnten.

Dr. Curtius widerlegte dann den polnischen Einwand, daß nur bestimmte Gruppen der deutschen Minderheit unter den Gewalttaten zu leiden hatten und bezeichnete es als unbegreiflich, daß den deutschen Organisationen immer wieder der Vorwurf der Illoyalität gemacht wird. Eingehend legte Minister Curtius dann die einzelnen Maßnahmen dar, durch die die Stimmabgabe der deutschen Wähler beeinflusst werden sollte, so z. B. die Aufforderung zur öffentlichen Stimmabgabe. Auf die Drohungen und die Gewalttaten der Aufständischen sei es zurückzuführen, daß nur wenige Wähler zu Hause geblieben seien und viele Angehörige des Deutschtums für polnische Listen gestimmt hätten.

Wenn polnischerseits gesagt werde, den deutschen Gruppen sei es nur so ergangen wie der polnischen Opposition, dann stehe dem gegenüber, daß die Deutschen in Ostpreußen ihre besonderen verbrieften Rechte haben, die nach objektiven Grundsätzen der Gerechtigkeit und Freiheit zu beurteilen sind und die nicht willkürlich durch eine allgemeine Herabwürdigung des Niveau der Rechtsordnung beeinträchtigt werden dürfen.

Rechtlich wie in Ostpreußen sei auch die deutsche Minderheit in Pommern und die ukrainische an der russischen Grenze entrechtet und vergeblich um den Nachhangeln der Dinge so hingestellt worden. Wenn polnischerseits die Dinge so hingestellt würden, als handele es sich bei den Ausschreitungen um Rückwirkungen der Beunruhigung Polens durch Deutschlands Forderung nach

Abänderung der Ostgrenze.

dann wolle er feststellen, daß die unantastbare Haltung aller bisherigen deutschen Regierungen und der Gesamtheit des deutschen Volkes in diesen Fragen überall in der Welt bekannt sei. Diese sei weit davon entfernt, sie in irgendeiner Richtung abzuweichen zu wollen, verleihe sie auch hier nicht, aber das eine stehe fest: Deutschland denke nicht daran, diese Ziele mit anderen als vertraglichen Mitteln verwirklichen zu wollen.

Schon aus diesem Grunde könne die Diskussion solcher Ziele niemals den Anlaß oder Vorwand für eine Unterdrückung der Minderheiten geben.

Ebenso hinsichtlich sei der Einwand, der Polen-Terror sei eine Repressalie gegen deutsche Kampfmaßnahmen gegen die polnische Minderheit. Hier habe Deutschland einen Vergleich nicht zu scheuen. Obwohl an seine Verträge gebunden, habe Preußen eine sehr großzügige Minderheitenpolitik verfolgt, insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens. Ferner sei in Deutschland trotz aller Gefährdungen polnischer Blätter noch nie eine polnische Zeitung beschlagnahmt worden. Wie gut es den Polen in Deutschland gehe, zeige sich schließlich ja auch darin, daß die polnische Minderheit ihre Stimme den deutschen Parteien gebe.

„Die polnische Regierung — so beendete Minister Curtius dann seine Rede — hat in ihrer Gegenbemerkung die Maßnahmen mitgeteilt, die sie wegen der Vorkommnisse getroffen hat. Sie erklärt, daß sie alle Fälle, die einen strafrechtlichen Tatbestand enthalten, zur gerichtlichen Verfolgung gebracht habe, und daß, soweit es sich um Antragsdelikte handelt, die Formalitäten erleichtert werden. Sie hat ferner erklärt, daß gegen Beamte, die pflichtwidrig gehandelt haben, ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden sei, sowie daß den Beamten, die einen gegen die Minderheit gerichteten Aufruf unterzeichnet haben, eine Rüge erteilt werden würde. Sie hat des weiteren in Aussicht gestellt, den Geschädigten Schadenersatz zu gewähren.“

Der Rat wird zu prüfen haben, ob diese Zusicherungen als aus sich selbst heraus zu verstehen sind, um das geschehene Unrecht auch nur einigermaßen wieder gutzumachen. Dafür aber, daß diese Wiedergutmachung auch praktisch durchgeführt wird, muß der Rat alle nach Lage der Sache bei allen Garantien treffen, aber auch, wenn so für die Vergangenheit Sühne geschaffen ist, darf der Völkerrundrat es dabei nicht bewenden lassen. Wir haben auch dafür Sorge zu treffen, daß ähnliche Verhältnisse sich in Zukunft nicht wiederholen.

Maßregelung des Aufständischenverbandes.

Ich habe vorhin dargelegt, worin die schwerste Gefahr für die Minderheit in Oberschlesien liegt, nämlich in der Aktivität des militärisch organisierten Verbandes der Aufständischen, dessen Wirken eine ständige schwere Bedrohung der Minderheit darstellt. Der Völkerrundrat wird sich mit dieser Organisation und ihren Beziehungen zu amtlichen Stellen eingehend befassen müssen. Wenn nicht die schuldigen Beamten rüchlos bestraft werden, wenn das System nicht geändert wird, und wenn nicht in der Verwaltung die personelle Gewähr für eine unparteiliche Handhabung der Minderheitenschutzbestimmungen gegeben wird, so besteht die Gefahr weiter, daß die Minderheiten immer wieder der Recht- und Schutzlosigkeit ausgesetzt bleiben.

Eine Beruhigung der Minderheiten, die im Interesse aller Staaten, im Interesse des allgemeinen Friedens liegt, ist nur zu erreichen, wenn die Verletzung der Verträge klar festgestellt wird, wenn eine ausreichende Sühne und Wiedergutmachung eintritt, und wenn die Maßnahmen für die Zukunft von dem aufrichtigen Willen aller Völkerrundratsmitglieder getragen werden, die Heiligkeit der Minderheitenrechte nicht antasten zu lassen.

Mißglückte Erwiderung Zaleskis.

Erwidert eine vorher ausgearbeitete Rede. — Keine Zeitungsratung zu der deutschen Note. Nach dem deutschen Außenminister nahm im weiteren Verlauf der Staatsverhandlungen der polnische Außenminister Zaleski das Wort. Zaleski bemühte sich vornehmlich, die Bedeutung der Terrorakte zu bagatellisieren, er nannte sie Zwischenfälle aus politischer, nicht aus nationaler Leidenschaft und schenkte sich auch nicht, die Ansicht zu vertreten, die Vorkommnisse in Oberschlesien gehörten in der Mehrzahl der Fälle vor den Richter! Im übrigen nahm Zaleski nicht etwa die deutsche Beschwerde zum Anlaß seiner Antwort, sondern die Denkschrift des ober-schlesischen Volksbundes, um die Auseinandersetzung auf innerpolitischen Boden zu verlegen. Natürlich wies er auch wieder auf die Trebranatsrede hin. Wie er das Zusammenarbeiten zwischen Behörden und Aufständischen bestritten konnte, blieb unerfindlich. Daß er es auch noch wagte, eine Parallele zwischen dem schwer belasteten Woboden Gracynski und dem deutschen Reichspräsidenten zu ziehen, war geradezu unerhört! Schließlich aber kam der große Moment, wo Zaleski offen zugab, daß Verletzungen des Minderheitenrechts vorgekommen sind, daß das Oberschlesienabkommen verletzt wurde und die Geschädigten Wiedergutmachung beanspruchen könnten. Aber er wollte nicht zugeben, daß die Aufständischenverbände Privilegien genießen.

Die Antwort Dr. Curtius.

Protest gegen Zaleskis Anschuldigungen. In der Nachmittagsitzung des Völkerrundrats wandte sich der deutsche Reichsaussenminister Dr. Curtius gegen die Erwiderung des polnischen Außenministers Zaleski in der Vormittagsitzung. Er erklärte, mit der Einleitung von Strafverfahren wegen der Terrorakte könne sich die deutsche Regierung nicht begnügen. Wichtig sei es, die Zusammenhänge zwischen den Behörden, der Polizei und den Aufständischen näher aufzuklären, und dieses müsse durch eine Untersuchung des Völkerrundrats geschehen. Der polnische Außenminister habe den Stahlhelm mit dem Aufständischenverband verglichen. Der Stahlhelm sei keine Aufständischenorganisation, nicht militärisch organisiert, und er begehe keine Gewalttaten gegen andere. Die Aufständischenorganisationen seien dagegen militärisch organisiert und hielten militärische Übungen und Manöver ab. Er wies es mit Empörung zurück, daß der polnische Außenminister den Woboden Gracynski mit dem Reichspräsidenten v. Hindenburg in einem Atemzuge genannt habe. Es sei verwerflich, Gracynski mit Hindenburg zu vergleichen, dessen Verantwortungsgefühl und Gerechtigkeitsgefühl allgemein bekannt sei. Es sei eine gute Gepflogenheit in den parlamentarischen Ländern, das Staatsoberhaupt nicht in die

Debatte zu ziehen und er möchte wünschen, daß diese Gepflogenheit auch im Völkerrundrat gelte. Er betrachte es als

Freiheit.

wenn er nicht dargelegt hätte, wie das deutsche Volk über die Frage denkt. Eine offene Aussprache sei nötig, wenn solche Fragen auftauchen. Er erinnere an ein Wort Briand's, der auf der letzten Völkerrundratstagung gesagt habe, daß der Völkerrundrat auch an unbequemen Fragen nicht vorbeigehen dürfe. Er wiederhole aber seine heutige Erklärung, daß das deutsche Volk seine politischen Ziele nur auf friedlichem Wege und auf dem Vertragssboden zu erreichen strebe. Zu den

Schlusfolgerungen

übergehend, erklärte Dr. Curtius, er habe mit Genugtuung festgestellt, daß der polnische Außenminister eine Verletzung der Bestimmungen der Artikel 75 und 83 der Genfer Konvention zugegeben habe, daß eine Reihe von Verfahren eingeleitet seien und daß beabsichtigt sei, Schadenersatz und Sühne zu leisten. Aber das genüge nicht.

Es müsse auch für die Zukunft gesorgt werden, daß solche Dinge sich nicht wiederholen. An der Frage der Aufständischen-Organisation und ihrem Zusammenhang mit den Behörden könne man nicht vorbeigehen. Der Völkerrundrat müsse zu diesen Dingen Stellung nehmen, denn er sei der Hort der Minderheiten.

In einer kurzen Entgegnung meinte Zaleski, die deutschen Minderheiten hätten ja die Möglichkeit, sich an den obersten polnischen Gerichtshof zu wenden, wenn sie glaubten, daß ihnen während der Wahl Unrecht geschehen sei.

Hierauf vertagte sich der Rat auf Donnerstag.

Polnische Frechheit.

Neue Grenzverletzung in Oberschlesien.

Rast zu derselben Stunde, da in Genf Polen als Angeklagter vor dem Völkerrundrat stand, kam die Meldung von einer neuen polnischen Unverschämtheit, die ohne Zweifel als freche Provokation angesehen werden muß. Sie lautet:

Eine größere Abteilung polnischer Infanterie aus Anbnil besichtigte (!!) die Grenze in der Gegend von Pilchowitz im Landkreis Glesnik. Dabei überschritt ein Teil der Truppen, und zwar handelte es sich um etwa 20 Mann, die deutsche Grenze. Nach einiger Zeit verließen die Soldaten wieder den deutschen Boden.

Deutschen Zollbeamten gegenüber erklärte ein polnischer Zollkommissar diese offensündige Grenzverletzung damit, daß er es verabsäumt habe, „den Soldaten die Grenzlinie zu zeigen“. Immer dieselbe blöde Entschuldigung: „Ein Kind, kein Engel ist so rein!“

Das fehlt gerade noch.

Deutsch-französische Finanzverhandlungen bestätigt.

Paris, 21. Januar. Die Gerüchte von Verhandlungen über eine in Frankreich unterzubringende deutsche Anleihe werden zwar von den amtlichen Stellen in Paris dementiert. Aber es haben in der Tat derartige deutsch-französische Besprechungen stattgefunden, bei denen es sich nicht um eine Anleihe handelte, sondern um die Beteiligung einer französischen Bank an einem internationalen Bankenkonsortium zur Diskontierung der kurzlich an eine deutsche Gesellschaft verkauften Tranchen der Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn nach den Bestimmungen des Youngplanes. Der Reichsregierung ist daran gelegen, sofort etwa 100 Millionen Mark in bar zu erhalten.

Da dies auf dem deutschen Markt mit Schwierigkeiten verbunden ist, wurde die Gründung des erwähnten Konsortiums ins Auge gefaßt. Die französische Bank, deren Name nicht genannt wird, hat sich nun an die französische Regierung gewandt und um ihr formelles Einverständnis eruchtet, das dann auch erteilt worden ist. Es erscheint jedoch zur Zeit noch nicht sicher, ob die Beteiligung der französischen Bank zustande kommt oder nicht.

Der frühere Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, einer der Unterzeichner des Youngplanes, nahm gestern an einer Abendgesellschaft in der deutschen Botschaft teil.

Neuer Finanzskandal in Paris.

Paris, 22. Januar. In Pariser Finanz- und politischen Kreisen verbreiteten sich am Mittwoch Gerüchte über einen neuen Finanzskandal. Die Polizei hat in einer Pariser Kreditbank eine Hausdurchsuchung vorgenommen, über deren Ergebnis strengstes Stillschweigen bewahrt wird. In gutunterrichteten Kreisen will man wissen, daß der neue Skandal dem Duffie-Krach nur wenig nach-

stehe. Von anderer Seite wird behauptet, daß es sich lediglich um eine Unterfuchung handle, die infolge der Klage eines Kunden der Bank eingeleitet worden sei.

Kirche und Wirtschaftsnot.

Eine bedeutsame Kundgebung in Berlin.

In einer von einer tausendköpfigen Schar offizieller Vertreter der Berliner Kirchengemeinden besuchten Kundgebung erklärte Generalsuperintendent D. Karow:

Die Massenarbeitslosigkeit unserer Tage sei eine Volksnot, an der die Kirche nicht vorbeigehen dürfe. Sie könne zwar nicht das mitleidende Wirtschaftsleben in Gang setzen oder gezielte Maßnahmen zur Milderung der Erwerbslosigkeit treffen, aber sie könne einen für die Volksgemeinschaft wesentlichen Dienst leisten, nämlich den Menschen, deren Leben durch das Schicksal der Arbeitslosigkeit erschüttert sei, wieder einen Glauben an den Sinn und Wert ihres Lebens geben.

Der Lohnabbau.

Schiedspruch für die Solinger Heimindustrie.

Der Schlichtungsausschuß für das Bergische Land fällt in dem Lohnstreit in der Solinger Heimindustrie einen Schiedspruch, der die bis 31. 12. 1930 gültigen Löhne der Heimarbeiter sämtlicher Berufe für Januar 1931 unverändert läßt und ab 1. Februar sämtliche Löhne um 6 Prozent senkt. Mit dieser Maßgabe gelten die sämtlichen Preisverzeichnisse und Nebenabkommen über den 31. 1. 1931 hinaus weiter. Erklärungsfrist bis Sonnabend, den 24. Januar 1931, einschließlich.

Tariffreit im Clever Einzelhandel.

Die Verhandlungen zwischen dem Clever Einzelhandelsverband, der zum 31. Januar den Gehaltsstuf für die kaufmännischen Angestellten gekündigt hatte und eine Herabsetzung der Gehälter in Höhe von über 10 Prozent für die Mehrzahl der unter den Tarif fallenden Angestellten forderte, und den Gewerkschaften, die den Vorschlag der Arbeitgeber unter Hinweis auf die äußerst niedrigen Gehälter abgelehnt hatten, haben zu keiner Einigung geführt und sind als ergebnislos abgebrochen worden. Die Gewerkschaften wollen nunmehr den Schlichtungsausschuß anrufen.

Gründung einer deutschen Schule in Daresalam. In Daresalam ist im Hause der Berliner Mission eine deutsche Schule mit Schülerheim eröffnet worden. Der vor einigen Monaten begründete Deutsche Schulverein Daresalam hat damit eine seit langem als notwendig empfundene Einrichtung geschaffen, um den zahlreichen deutschen Kindern die Vorteile einer deutschen Schulbildung zu gewähren. Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat sich bereit erklärt, die Unterhaltung und den Ausbau dieser Schule zu unterstützen, damit auch an diesem wichtigen Zentrum unserer alten Kolonie eine lebenskräftige deutsche Schule bestehen kann.

Bethel.

Blaukreuz-Verein Bethel. Donnerstag abd. 8 1/2 Uhr Blaukreuzstunde in Gosen. Jeder ist herzlich eingeladen.

Christlicher Verein junger Männer. Freitag, 8 1/2 Uhr Bibelstunde in Gosen. 2. Joh.-Brief. Sonntag abd. 7 1/2 Uhr Teeabend im Familien- und Freundeskreis. „Aus Leben und Werk des Wandsbeker Voten“ (Matthias Claudius). Gebäck wird gereicht. Eintritt frei.

Der Vaterländische Frauenverein veranstaltet am Freitag, den 23. Januar abends 8 Uhr, im Jünglingsaal des Affapheums eine Feier zur Erinnerung an die 60 jährige Niederkehr der Reichsgründung.

Graf Baudissin spricht über die Bedeutung des Tages. Der Abend wird durch denposaunenchor und durch Gesang verschönt werden.

Unsere Mitglieder, deren Männer und Gäste sind herzlich eingeladen.

Der Vorstand
des Vaterländischen Frauenvereins
Bethel-Gadderbaum.

Brauner Schirm mit grauer runder Krücke stehen gelassen. Ruth Romann.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Hüttel, Angelegen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schleichbach 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Raumnotmöbel

Sofa
Sessel
Ruhebetten
Wäschtruhen
Diwanddecken
in bekannter Güte.
Polsterwerkstätten Ordelheide
Bielefeld, Kreuzstraße 43.

Anzeigen aus Bethel.

Möbl. Zimmer mit oder ohne Pension an einen jungen Mann zu vermieten. Angebote unter C 4 an den Aufwärts.

Christl. Kindergärtnerin I. Kl., welche selbständig Kindergarten geleitet hat, sucht, geführt auf gute Zeugnisse, selbständige

Stellung

in Heim oder Kindergarten, Heilstätte an der See erwünscht, da Krankenpflege erlernt. Angebote an d. Geschäftsst. d. Bl. unt. A 1067.

Arztlich empfohlen Pastor Felkes Magenstärker

hilft bei allen Magenbeschwerden ganz hervorragend. Erhältlich in den Apotheken, wo nicht, direkte Zusendung ohne Preisaufschlag franco gegen Nachnahme (Mk. 3,50 d. Fl.) durch die allein berechnete Herstellerin:

Firma Hermine Schmitz, Duisburg
Fabr. pharmaz. Präparate, gegr. 1903

Hochfeiner la Bienenschleuder-Monig

garantiert reiner, hellgelb., 10-Pfund-Dose 10,80 RM franko, 5-Pfund-Dose 6.— RM franko. Versand Nachn. Garant. Zurückn. Heermann'scher Honigversand Werthe I. H. Nr. 183.

Mein echter Tilsiter Vollkornkäse mit 48/52% Fett i. T. kostet ab heute nur RM 1,00 pro Pfd. Versand erfolgt nur in Postkollis unt. Nachn. Porto u. Verpackung frei.

Friedrich Slotzka Dampf-olierelei Jedwillen. Post Moitzweilen. Tilsiter Niederung.

Der Wert einer Anzeige

wächst mit der Dauer ihres Erscheinens.

Neuland franko 100 Gabelrollmops 5,95 Mk.

Salzfetheringe Dauerware ohne Kopf u. Eingew. Fab ca. 110 Stück = 5,50 Mk., auch zum Sauerinlegen la. Auf Wunsch reichlich Milch. E. Napp, Altona 357.

Gnadau bei Magdeburg Evangelische Brüdergemeine Höhere Mädchenschule und Lyzeum (mit drei Schülerinnenheimen) Oberlyzeum (mit zwei Schülerinnenheimen) & biturientenprüfung (Kunstaltprüfung) Sorgfältige christliche Charakterbildung. Große Gärten und Spielplätze. R. Rücherer, Direktor.

Leibstutzbinden erhöhen das Wohlbefinden Fachmännische Beratung und Bedienung Reformhaus zur Gesundheit Bahnhofsstraße 2 Ede Jahnplatz